

Niederschrift der 33. Sitzung des Beirates Vegesack am Donnerstag, dem 12. November 2009, im Sitzungssaal des Ortsamtes Vegesack, Weserstraße 75

Beginn: 18.30 Uhr
Ende: 21.30 Uhr

Vorsitzender: OAL Herr Dornstedt
Schriftführerin: Frau Jantz

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat
2. Genehmigung der Niederschrift der 30. Sitzung vom 10. September 2009
3. Infrastrukturplanung Science Park
4. Quartiersmanagement Grohner Düne
5. Sachstand Markthalle
6. Besetzung von Ausschüssen
7. Anträge und Anfragen der Parteien
8. Mitteilungen des Ortsamtsleiters
9. Mitteilungen der Beiratssprecherin
10. Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Anwesende Teilnehmer:

Torsten Borchers
Rainer Buchholz
Cord Degenhard
Greta Frenzel
Gundram Keßenich
Thomas Pörschke
Joachim Riebau
Detlef Scharf
Wolfgang Schmidt (ab 18.35 Uhr)
Iris Spiegelhalter-Jürgens
Heike Sprehe
Oxana Waldheim
Manfred Wemken

Weitere Teilnehmer:

Frau Ammon (Immobilien Bremen)
Herr Begemann (HBI Hiller + Begemann Ingenieure GmbH)
Herr Brennecke (WFB)
Herr Fischer (WFB)
Frau Garbe (Sozialzentrum Nord)
Herr Hafke (Bauamt Bremen-Nord)
Herr Koch (AVW)
Frau Storck-Treudler (Quartiersmanagement Grohner Düne)

Nicht teilgenommen:

Gabriele Jäckel
Wilfried Sulimma
Henning Tegeler

Öffentlicher Teil

Der Vorsitzende begrüßt die Teilnehmer und Gäste. Die Tagesordnung ist form- und fristgerecht zugegangen. Änderungen zur Tagesordnung liegen nicht vor. Die Tagesordnung ist genehmigt. Der Vorsitzende begrüßt erneut als neues Beiratsmitglied Herrn Torsten Borchers. Herr Borchers hat bereits als Mitglied eines Ausschusses des Beirates eine entsprechende Verpflichtungserklärung abgegeben.

Tagesordnungspunkt 1 Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat

Schriftliche Anträge liegen nicht vor. Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen ebenfalls nicht vor.

Tagesordnungspunkt 2 Genehmigung der Niederschrift der 30. Sitzung vom 10. September 2009

Die Niederschrift der 30. Sitzung vom 10. September 2009 wird beschlossen.

Tagesordnungspunkt 3 Infrastrukturplanung Science Park

Der Vorsitzende begrüßt als Referenten zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Hafke (Bauamt Bremen-Nord), Herrn Brennecke (WFB) und Herrn Begemann (HBI Hiller + Begemann Ingenieure GmbH).

Der Vorsitzende führt in das Thema ein. Die Infrastrukturplanung des Science Parks liegt der Bebauungsplan 1299 zu Grunde. Aktuell obliegt dem Beirat als Träger öffentlicher Belange die Abgabe einer Stellungnahme.

Herr Brennecke stellt die Infrastrukturplanung mittels einer Powerpointpräsentation vor. Er erläutert hierbei das Gesamtkonzept des Science Park in einer plakativen Darstellung. Beispielsweise wurde das Wegekonzept des Bebauungsplans in der Infrastrukturplanung verfeinert. Wesentliche Merkmale sind beispielsweise der Ausbau der Steingutstraße und ein zentraler Park als adressbildendes Element. Einige Flächen stehen, da sie sich in privatem Besitz und im Besitz des Bundes befinden, nicht zur Verfügung. Auf Grund der Marktsituation soll auf die im Zentrum geplante Stichstraße zunächst verzichtet werden. Herr Brennecke stellt insb. die Querschnitte der Steingutstraße dar. Die Freiraumplanung sieht insg. ein sehr grünes Gebiet mit Fuß- und Radwegen sowie viel Begleitgrün vor.

Herr Scharf erfragt die vorgesehene Geschossigkeit und ob die auf dem Gebiet existierenden Wohneinheiten entfernt werden. Des Weiteren spricht er eine evtl. entstehende Lärmbelästigung an.

Herr Hafke erläutert kurz den geschichtlichen Ablauf des zu Grunde liegenden Bebauungsplanes und stellt die angesprochenen Flächen mittels eines Planes dar. Die Querschnitte weisen aus, dass die Parkplätze an den Straßen integriert werden. Ein wesentlicher Bestandteil sind die Grünflächen.

Herr Hafke führt aus, dass die festgelegte Höhenangabe drei Vollgeschossen entspricht. Bzgl. der zu erwartenden Lärmentwicklung wurde eine Kalkulation durchgeführt. Demnach werden die für ein allgemeines Wohngebiet geltenden Obergrenzen eingehalten. Die Beplanung für die privaten und vom Bund genutzten Flächen ist als Angebot zu werten. Eine Baupflicht o.ä. besteht nicht.

Herr Riebau begrüßt die Maßnahme grundsätzlich. Er fragt, ob Erschließungskosten für die Anlieger der Steingutstraße anfallen. Des Weiteren thematisiert er die Fußgängerfurten.

Herr Fischer führt aus, dass die Erschließungsmaßnahme durch EU-Mittel finanziert wird. Diese Mittel sind nicht umlagefähig, so dass keine Erschließungskosten für die Anlieger anfallen.

Herr Begemann erläutert, dass auf Grund der geringen Verkehrsdichte im unteren Bereich keine weiteren Fußgängerfurten notwendig sind.

Auf die Feststellung von Herrn Schmidt, dass die Wohnhäuser des Bundes bestehen bleiben können, berichtet Herr Fischer, dass die Eigentümer die Flächen wie bisher weiter nutzen möchten.

Frau Spiegelhalter-Jürgens spricht die Straßenbreite von sechs Metern an und fragt, ob diese nicht schmaler gehalten werden kann, zumal die Parkplätze extra ausgestaltet werden. Herr Hafke erläutert, dass die Straßenbreite dem Mindeststandard entspricht.

Beschluss:

Der Beirat stimmt der vorliegenden Infrastrukturplanung zu.

Ergebnis: - bei einer Enthaltung, einstimmig -

Herr Buchholz führt aus, dass seine Enthaltung auf dem bereits beschlossenen Flächentausch am Oeversberg basiert.

Um 19.25 Uhr wird die Sitzung für ca. 10 Minuten unterbrochen.

Aus organisatorischen Gründen werden die Tagesordnungspunkte 5, 6, 7 und 8 in der zeitlichen Abfolge vorgezogen.

Tagesordnungspunkt 4 Quartiersmanagement Grohner Düne

Der Vorsitzende begrüßt Frau Garbe (Leiterin des Sozialzentrums Nord) und Frau Storck-Treudler (Sozialpädagogin, Quartiersmanagement Grohner Düne).

Der Beirat und das Ortsamt haben die Information erhalten, dass der Bewohnertreff gefährdet ist. Grund hierfür ist, dass die Finanzierung durch den Hauseigentümer ab Ende 2009 nicht mehr gewährleistet sein wird. Da die Arbeit für die Grohner Düne und darüber hinaus von außerordentlicher Bedeutung ist, befasst sich der Beirat mit der Thematik.

Die Arbeit trägt in besonderem Maße zur Konfliktvermeidung und zur Beseitigung von Konflikten bei.

Der Vorsitzende berichtet, dass auch die Firma Pirelli die Arbeit als außerordentlich wichtig erachtet und die Arbeit in der jetzigen Form fortgeführt werden sollte. Allerdings kann die Finanzierung in der bisherigen Form nicht aufrecht erhalten werden.

Vertreter der senatorischen Behörden Soziales und Bau haben ebenfalls ihr Interesse an der Fortführung der Arbeit signalisiert.

Frau Garbe führt aus, dass das Amt für Soziale Dienste die Finanzierung des Bewohnertreffs bis zur Abwicklung des WiN-Projektes, also bis Ende 2010, sicherstellt. Bereits im Sommer 2009 haben Gespräche mit den Firmen Pirelli und Meyer & Schliep stattgefunden. Die Firmen haben signalisiert, dass sie grundsätzlich ein Interesse an der Fortführung der Arbeit haben. Die Übernahme der Kosten ist nunmehr unter den Firmen und dem Amt neu aufzuteilen, entsprechende Verhandlungen sind zu führen.

Eine Fortführung der Arbeit nach 2010 ist von einer weiteren Förderung durch das WiN-Projekt abhängig.

Auf Nachfrage von Herrn Degenhard erläutert Frau Garbe, dass Personalkosten von brutto ca. 60.000 Euro und Mietkosten i.H.v. ca. 25.000 Euro zzgl. Nebenkosten anfallen. Sie stellt fest, dass neben Frau Storck-Treudler keine weiteren Kräfte beschäftigt werden.

Des Weiteren benennt Frau Garbe auf Nachfrage von Herrn Schmidt die Eigentümer und Verwaltungsfirmen.

Im Rahmen der Verhandlungen wird nach Aussage von Frau Garbe zu klären sein, ob evtl. der genutzte Bereich reduziert werden kann. Eine Verlegung des Bewohnertreffs innerhalb der Gebäude wird nicht erwogen.

Frau Storck-Treudler führt auf die Frage von Frau Waldheim hin aus, dass die Firma Pirelli seiner Zeit Städtebauförderungsgelder für die Sanierung der Anlage und Teilanlage erhalten hat. Diese Förderung ist bereits 2008 ausgelaufen.

Frau Sprehe merkt an, dass der Concierge- und Wachdienst in Frage gestellt wurde.

Frau Storck-Treudler teilt mit, dass seit ca. zwei Monaten regelmäßig eine Mietersprechstunde stattfindet. Die Frage, ob ein Concierge- und Wachdienst notwendig ist, ergibt sich, bei einem mangelnden direkten Kontakt der Verwaltungsfirma zum Objekt. Der Leerstand liegt derzeit bei nur acht Prozent. Frau Storck-Treudler nimmt keine akute Gefährdung des Concierge- und Wachdienstes war, lediglich eine Verwunderung bei der Verwaltungsfirma über die Notwendigkeit und die entstehenden Kosten.

Auf Nachfrage von Herrn Buchholz führt Frau Storck-Treudler aus, dass die Gruppen der Roma und der kurdischen Libanesen einen großen Teil der Bewohner ausmachen. Die Gruppen der arabisch sprechenden Personen, wie Iraker und Syrer werden geringer.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird folgender Beschluss gefasst:

Die Senatorin für Soziales wird aufgefordert, alle Anstrengungen zu unternehmen, dass die erfolgreiche Arbeit des Bewohnertreffs in 2010 und darüber hinaus fortgesetzt wird.

An die Eigentümer der Immobilie wird appelliert, sich im eigenen Interesse konstruktiv in die Fortsetzung dieser Arbeit einzubringen.

Der Beirat Vegesack hält die Fortsetzung des Concierge- und Wachdienstes unabdingbar.

Ergebnis: - einstimmig -

Frau Garbe teilt mit, dass der Leiter des Referates Junge Menschen in den Ruhestand gegangen ist. Frau Kilian wird seine Nachfolge zum 1. Februar 2010 antreten. Frau Garbe wirbt für ein offenes Aufeinanderzugehen der Akteure und bittet darum, sie im Falle eines Dissenses direkt anzusprechen.

Der Vorsitzende stellt heraus, dass sich die Zusammenarbeit und die Kommunikation mit der Novellierung des Beirätegesetzes verändern und nach Möglichkeit verbessert werden.

Von 20.35 Uhr bis 20.45 Uhr wird die Sitzung unterbrochen.

Tagesordnungspunkt 5

Sachstand Markthalle

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Koch (AVW) und Herrn Fischer (WFB).

Das Thema begleitet den Beirat und die Bevölkerung bereits seit mehreren Jahren. Im Jahr 2007 wurde die Markthalle eröffnet. Zzt. stellt sie sich als sehr notleidend dar. Es besteht daher die Forderung an die AVW diesen Zustand zu verbessern. Die AVW hat aus diesem Grund ein Einzelhandelsgutachten erstellen lassen.

Als weitere Maßnahme hat der Vorsitzende Kontakt zur Wirtschaftsbehörde aufgenommen, so dass des Weiteren ein Gespräch mit dem Staatsrat und der WFB geführt wurde.

Herr Koch reflektiert die Bemühungen des laufenden Jahres der AVW. Es hat beispielsweise zur Umsetzung eines sog. Edeka-Konzeptes Gespräche mit Edeka gegeben. Diese Gespräche wurden allerdings erfolglos beendet. Ferner hat die AVW ein Maklerbüro beauftragt, das Markthallenkonzept weiter zu verfolgen. Herr Koch beziffert die angesprochenen potentiellen Mieter mit 104. Insgesamt soll der Leitfaden Lebensmittel aber nicht aus der Hand gegeben werden.

Herr Koch trägt vor, dass das in Auftrag gegebenen Einzelhandelsgutachten nunmehr vorliegt. Dem Gutachten liegt die Aufgabenstellung zu Grunde, dass die Nutzungsperspektive für das Objekt im Rahmen einer qualitativ angelegten Betrachtung aus marktseitiger Sicht geprüft werden soll. In diesem Zusammenhang soll weiter geprüft werden, inwiefern der Standort für die Fortführung des jetzigen Betreiberkonzeptes grundsätzlich geeignet ist. Des Weiteren sollen tragfähige Einzelhandelsnutzungsalternativen eruiert werden. Der Schwerpunkt der Betrachtung liegt bei dem Angebot auf dem Bereich des periodischen Bedarfs (Nahversorgung, Lebensmittelschwerpunkt). Wichtige Passagen aus diesem Gutachten zitiert Herr Koch.

Im Ergebnis wird festgehalten, dass ein Bevölkerungszuwachs von 1,6 Prozent erwartet wird. In der Zusammenschau weist insb. das fußläufige Umfeld der Markthalle eher unterdurchschnittliche Rahmenbedingungen auf. D.h. mit dem Angebot in der Markthalle ist auf diese zur Verfügung stehenden geringen Einkommen Rücksicht zu nehmen. Ein hochpreisiges Angebot bietet sich somit nicht an.

Mit einem Lebensmittelmarkt wird sich die Frequenz auf dem Sedanplatz verbessern. Des Weiteren spricht Herr Koch die Konkurrenz zwischen einem Marktbetrieb in der Markthalle zum Wochenmarkt an. Auch in anderen Städten ist zu beobachten, dass eine Markthalle mit Markt neben einem nahen Wochenmarkt nicht existieren kann.

Positiv stellt Herr Koch die Lage der Markthalle an der Fußgängerzone heraus. Ferner betrachtet er die Nähe der öffentlichen Verwaltungen sowie die Parkplatzsituation mit dem Parkhaus Sedanplatz sowie dem Aumunder Marktplatz als sehr positiv.

Als Negativ werden die schlechte Frequenzbewegung und die Gestaltung des Sedanplatzes bewertet. Des Weiteren liegt die Markthalle am schwächeren Ende der Fußgängerzone, direkt angrenzende kostenlose Parkplätze fehlen. Als weiteren kritischen Punkt führt Herr Koch ein finanzschwaches Publikum auf.

Das Gutachten stellt fest, dass sich in einem fußläufigen Umfeld von 700 Metern ein Umsatzvolumen von fünf Millionen Euro für einen Lebensmittelmarkt ergibt. Auf Grund der unterschiedlichen Rahmenbedingungen eignet sich die Markthalle wenig für eine Markthalle in der ursprünglich geplanten Form mit einzelnen Marktständen. Das Gutachten bestätigt insg. die bereits allgemein bestehende Einschätzung.

Neben der Markthalle hat die AVW in ihre Betrachtung den Leerstand in einem Radius von 700 Metern um die Markthalle mit einbezogen. Insg. besteht in diesem Bereich ein Leerstand von ca. 6.000 bis 8.000 Quadratmetern.

Zur Revitalisierung der Markthalle stellt Herr Koch eine sog. Zwischenlösung vor. Die AVW plant ca. zwei Drittel der Fläche bis zur Fertigstellung der ehem. Kramerimmobilie an Netto zu vermieten. In der 47. KW werden weitere Gespräche sowie eine Vorortbesichtigung stattfinden. Ein Vertrag wurde noch nicht unterzeichnet. Der technische Umbau beginnt voraussichtlich im Januar 2010.

Der Vorsitzende erfragt mögliche an die Übergangslösung anschließende Lösungen der AVW.

Herr Koch führt aus, dass mit der Integration Nettos die Frequenz zurück gewonnen werden soll. Ein Anschlussmieter liegt der AVW derzeit nicht vor. Die Wirtschaft zeigt sich insg. zurückhaltend.

Herr Buchholz merkt an, dass das Gutachten dem Beirat noch nicht zur Verfügung gestellt wurde. Er stellt noch einmal fest, dass das Ergebnis zu der Aufgabenstellung bereits hinlänglich bekannt sei. Er bewertet die von Herrn Koch dargestellten Perspektiven als sehr negativ. Die Zeit der Übergangslösung ist zu nutzen, um weitere Perspektiven zu ermitteln.

Herr Koch sagt zu, dass die Themen breit bearbeitet werden.

Herr Schmidt stellt fest, dass das Gebäude für Netto attraktiv sein könnte und stellt die besondere Lage heraus. Aus seiner Sicht könnte Netto den Standort der ehem. Kramerimmobilie vorziehen.

In diesem Zusammenhang weist Herr Fischer auf die bestehenden Verträge hin. Des Weiteren plant Netto mobile Regalsysteme in der Markthalle zu verwenden, dies spricht für eine Übergangslösung.

Frau Sprehe bewertet die Übergangslösung als sehr gut. Mit dieser Lösung werden Einkaufsmöglichkeiten für den alltäglichen Bedarf geschaffen. Auch sie mahnt an, dass die Zeit genutzt werden soll, eine Anschlusslösung zu erarbeiten. Außerdem erfragt Frau Sprehe die geplante neue Aufteilung der Flächen in der Markthalle.

Herr Koch führt aus, dass Netto voraussichtlich der rechte Teil der Markthalle zur Verfügung gestellt wird. Gespräche mit den derzeitigen Mietern sind geplant.

Herr Degenhard wünscht sich, dass die Übergangslösung realisiert werden kann. Auch er schließt sich der Forderung an, die gewonnene Zeit zu nutzen, eine Anschlusslösung zu ermitteln.

Auf Nachfrage von Herrn Buchholz stellt Herr Fischer die zeitliche Abfolge und die geplante Fertigstellung der ehem. Kramerimmobilie vor.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird folgender Beschluss gefasst:

Der Beirat Vegesack stimmt dieser vorgestellten Interimslösung bis zur Eröffnung der Kramerimmobilie zur Wiederherstellung der Nahversorgung im Zentrum von Vegesack zu und bittet um eine unverzügliche Umsetzung spätestens am Anfang 2010.

Die AVW wird gebeten, für die Zeit nach dem Provisorium eine direkt anschließende zukunftsfähige Nutzung zu gewährleisten.

Der Senator für Wirtschaft wird aufgefordert, seinen ganzen Einfluss in dieser Hinsicht geltend zu machen.

Ergebnis: - bei einer Enthaltung, einstimmig -

Tagesordnungspunkt 6 **Besetzung von Ausschüssen**

Auf Grund des Ausscheidens von Frau Hayduk aus dem Beirat sind die Ausschüsse, in denen sie Mitglied war, neu zu besetzen. Frau Hayduk ist seitens der SPD-Beiratsfraktion in die Ausschüsse versandt worden, so dass der SPD-Beiratsfraktion das Vorschlagsrecht obliegt.

1. Ausschuss für Soziales, Integration und Arbeit

Frau Sprehe schlägt für die SPD-Fraktion Herrn Torsten Borchers vor.

Beschluss:

Herr Torsten Borchers wird als Mitglied in den Ausschuss für Soziales, Integration und Arbeit entsandt.

Ergebnis: - einstimmig -

2. Ausschuss für Kinder, Jugend, Bildung

Frau Sprehe schlägt für die SPD-Fraktion Herrn Torsten Borchers vor.

Beschluss:

Herr Torsten Borchers wird als Mitglied in den Ausschuss für Kinder, Jugend, Bildung entsandt.

Ergebnis: - einstimmig -

3. Projektbeirat Steuerungskreis, ehem. Projektbeirat Haven Hööv

Frau Sprehe schlägt für die SPD-Fraktion Herrn Gundram Keßenich vor.

Beschluss:

Herr Gundram Keßenich wird als Mitglied in den Projektbeirat Kompetenzagentur entsandt.

Ergebnis: - einstimmig -

4. WiN-Forum Grohner Düne

Frau Sprehe schlägt für die SPD-Fraktion Herrn Gundram Keßenich vor.

Beschluss:

Herr Gundram Keßenich wird als Mitglied in das WiN-Forum Grohner Düne entsandt.

Ergebnis: - einstimmig -

Tagesordnungspunkt 7 Anträge und Anfragen der Parteien

Es liegen insg. drei Dringlichkeitsanträge vor.

1. Antrag der CDU-Fraktion zum Schulzentrum Lerchenstraße

Zur Dringlichkeit führt Herr Scharf aus, dass das Schulzentrum von großer Bedeutung für den Stadtteil ist. Die vakante Stelle ist unverzüglich zu besetzen.

Beschluss:

Der Beirat stimmt der Dringlichkeit zu.

Ergebnis: - einstimmig -

Herr Scharf begründet den Antrag mündlich. Er reflektiert die Presseberichterstattung und das Auswahlverfahren. Die Unterbrechung dieses Verfahrens verfolge strategische Zwecke um evtl. auf die Stellenbesetzung Einfluss nehmen zu können. Herr Scharf verweist auf das Votum der Findungskommission. Sollte evtl. eine neue Findungskommission eingesetzt werden, könnte diese ggf. voreingenommen (re-)agieren.

Herr Pörschke weist darauf hin, dass dieser Verfahrensabbruch zur Konsequenz haben könnte, dass zukünftig unterlegene Bewerber gezielt Informationen an die Presse geben und sie somit bewusst einen Abbruch des Auswahlverfahrens erreichen können. Des Weiteren spricht er in diesem Zusammenhang den Punkt Pressefreiheit an. Die Vorgehensweise der senatorischen Behörde ist zurückzuweisen.

Herr Buchholz bezieht sich ebenfalls auf die Presse- und insb. Informationsfreiheit. Er stellt fest, dass der kommissarischen Schulleitung eine hervorragende Arbeit von der Senatorin und von den Eltern attestiert wurde.

Herr Schmidt führt aus, dass das Verfahren in der Findungsphase noch nicht abgeschlossen war. Ein vermutliches Ergebnis ist in der Öffentlichkeit vermittelt worden. Er hält fest, dass eine kommissarische Leitung auf Dauer bzw. langfristig nicht möglich ist. Herr Schmidt berichtet, dass die Problematik in der Deputation thematisiert wurde. Die Senatorin wird grundsätzlich jedes Verfahren stoppen, wenn Informationen aus der Findungsphase an die Öffentlichkeit gelangen. In diesem Zusammenhang spricht er die Rechtmäßigkeit von Auswahlverfahren an. Herr Schmidt schlägt vor, den Antrag ohne die Worte „mit der geeigneten Kandidatin“ zu beschließen.

Nach Einschätzung von Herrn Degenhard besteht kein kausaler Zusammenhang zwischen der Findung einer geeigneten Kandidatin und der Veröffentlichung in der Presse.

Frau Spiegelhalter-Jürgens stellt heraus, dass der Beirat einen Beschluss fassen sollte, wonach dem Votum der Findungskommission Folge zu leisten ist.

Frau Tiemann (Elternbeirat) erläutert, dass die Arbeit des Finanzausschusses bereits abgeschlossen, der Vorgang allerdings noch nicht bei der Senatorin eingegangen war.

Frau Sprehe weist darauf hin, dass die von der SPD-Fraktion abgegebene Äußerung lediglich eine rechtliche Bewertung eines noch nicht abgeschlossenen Bewerbungsverfahrens darstellt, die sich nicht auf die Person bezieht. Auch die SPD spricht sich für die von der Findungskommission ausgewählte Person aus.

Beschluss:

Der Beirat Vegesack fordert die Senatorin für Bildung auf, dem Votum der Findungskommission zu folgen und unverzüglich die Schulleiterstelle am Schulzentrum Lerchenstraße zu besetzen.

Ergebnis: - einstimmig -

2. Antrag der CDU-Fraktion zu Bauarbeiten auf dem Sedanplatz

Herr Scharf begründet zunächst die Dringlichkeit. Diese ergibt sich auf Grund des bevorstehenden Weihnachtsmarktes.

Beschluss:

Der Beirat stimmt der Dringlichkeit zu.

Ergebnis: - einstimmig -

Herr Rostalski (Sprecher des Wochenmarktes) weist auf den für den 20. November 2009 terminierten Beginn des Aufbaus des Weihnachtsmarktes hin.

Beschluss:

Der Beirat Vegesack fordert den Senator für Bau auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Bauarbeiten auf dem Sedanplatz unverzüglich, spätestens aber bis zum Beginn des Weihnachtsmarktes erledigt werden.

Ergebnis:

- einstimmig -

3. Gemeinsamer Antrag der Beiratsfraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zur Wechselbepflanzung durch Stadtgrün

Frau Sprehe begründet die Dringlichkeit. Während der Sitzung des Gesamtbeirates in der 47. KW wird die Wechselbepflanzung durch Stadtgrün thematisiert. Hierfür benötigt Frau Sprehe ein Votum des Beirates Vegesack.

Beschluss:

Der Beirat stimmt der Dringlichkeit zu.

Ergebnis: - einstimmig -

Ein Diskussionsbedarf zum Antrag besteht nicht.

Beschluss:

Die geplante Maßnahme von Stadtgrün, die Wechselbepflanzung im Straßenbegleitgrün aus Kostengründen nicht mehr vorzunehmen, lehnt der Beirat Vegesack ab.

Er befürchtet, dass sich dadurch das Straßenbild in der Stadtgemeinde Bremen weiter verschlechtern wird und sieht diese Maßnahme nicht im Einklang mit dem Leitbild „Bremen 2020“ des Senators für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa. Eine „lebenswerte, urbane und vernetzte“ Stadt wie Bremen benötigt weiterhin Akzente von Lebensqualität, auch im Straßenbild. Sie sorgen dafür, dass die Qualität unserer Stadtgemeinde erhalten bleibt.

Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa wird daher aufgefordert, als zuständige Fachbehörde, die erforderlichen finanziellen Mittel für eine Wechselbepflanzung im bisherigen Umfang bereit zu stellen.

Ergebnis: - einstimmig -

Des Weiteren liegt eine Anfrage der FDP-Fraktion vor. Die Anfrage betrifft die Auslastung und Wirtschaftlichkeit der Farge-Vegesacker-Eisenbahn.

Der Beirat nimmt die Anfrage zur Kenntnis, so dass sie im weiteren Verfahren an die zuständigen Behörden weitergeleitet wird.

Tagesordnungspunkt 8 Mitteilungen des Ortsamtsleiters

Es liegt eine schriftliche Mitteilung der von der SPD-Fraktion eingebrachten Anfrage bzgl. der Recyclingstation vor.

Die Recycling-Stationen werden über die Abfallgebühr finanziert und sind somit den bremischen Gebührenzahlern vorbehalten. Anlieferer mit nicht bremischen Abfällen werden nach den vorgegebenen Regeln abgewiesen. Eine Gebühr auf Anlieferer aus dem niedersächsischen Umland kann nicht erhoben werden, da nicht die Herkunft der Anlieferer, sondern die der Abfälle entscheidend ist. Sollte der Anlieferer eine glaubhafte Erklärung abgeben, dass die Abfälle von einem Bremer Grundstück stammen, werden sie angenommen. Konsequenterer Kontrollen wären nur mit Vorlage des Ausweises oder Gebührenbescheides aller Anlieferer verbunden. Eine solche Form der Kontrolle wäre jedoch in mehrfacher Hinsicht problematisch.

Gewerbliche Abfälle sind von der Anlieferung auf den Stationen ausgeschlossen und werden konsequent abgewiesen. Auf den Hinweis in der Anfrage hin wird das Personal auf den Recycling-Stationen zu diesem Thema nachgeschult und mit Informationsmaterial für gewerbliche ausgestattet.

Darüber hinaus ist eine spezielle Erhebung von Gebühren für Anlieferer aus dem Umland und dem Gewerbe weder möglich noch praktikabel.

Herr Schmidt kritisiert die Antwort der Behörde und kündigt einen entsprechenden Antrag an.

Der Vorsitzende teilt mit, dass am 24. November 2009 um 13.00 Uhr die baulichen Maßnahmen an der ehem. Kramerimmobilie beginnen werden.

Um 19.55 Uhr wird die Sitzung für ca. zehn Minuten unterbrochen.

Tagesordnungspunkt 9 Mitteilungen der Beiratssprecherin

Frau Sprehe teilt mit, dass die Bürgersprechstunde am 30. November 2009 um 18.00 Uhr im Sitzungssaal des Ortsamtes stattfindet.

Der Gesamtbeirat tagt in der 47. Kalenderwoche.

Tagesordnungspunkt 10
Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Wünsche und Anregungen liegen nicht vor.

Der Vorsitzende schließt um 21.30 Uhr die Sitzung.

Dornstedt
Vorsitzender

Jantz
Schriftführerin

Sprehe
Beiratssprecherin